

Die polnische Opposition versucht den Staat zu destabilisieren

Am letzten Wochenende fanden in Warschau und in einigen anderen polnischen Städten erneut Demonstrationen der Opposition statt. Die Veranstaltungen fallen unter die Strategie der „totalen Opposition“, deren Hauptbestandteile von dem Vorsitzenden der Bürgerplattform (PO), Grzegorz Schetyna, nach der verlorenen Wahl 2015 als „Straße und Ausland“ definiert wurden.

Über die Demonstrationen berichteten sowohl polnische als auch ausländische Medien, wobei - wie bereits vorher - die Darstellung der Gründe und der Ausmaße manipuliert wurde, um die These bewiesen zu können, in Polen sei etwas Beunruhigendes und Antidemokratisches im Gange. Die Wirklichkeit sieht allerdings ganz anders aus.

Spontane Proteste oder eine geplante Provokation?

Manche in- und ausländischen Medien haben den angeblich "spontanen" Charakter der letzten Proteste, und zwar insbesondere derjenigen, die am Freitag und Samstag stattfanden, hervorgehoben. In Wirklichkeit war die Samstag-Versammlung bereits einige Tage im Voraus geplant und angemeldet worden. Auch die Aussage des Eugeniusz Kłopotek, eines Oppositionspolitikers der Bauernpartei (PSL), hinterfragt den spontanen Charakter dieser Demonstrationen. Schon am Freitagmorgen sagte er nämlich: "Heute werden Sie sehen, was passiert. Wieder wird es große Chuzpe, große Auseinandersetzungen, Geheule, Geschrei und gegenseitige Beleidigungen geben. Ich fürchte, dass es im Parlament noch während der aktuellen Kadenz zu Handgreiflichkeiten kommen könnte." Am Freitagabend sind die Prophezeiungen des Abgeordneten dann auch wörtlich in Erfüllung gegangen.

Der Zeitpunkt der letzten Proteste scheint nicht zufällig gewählt worden zu sein, da der 13., 16. und 17. Dezember Daten sehr wichtiger und tragischer Ereignisse der polnischen Geschichte sind: Der Verhängung des Kriegszustandes 1981, der Bergleute- und Arbeiter-Massaker in Schlesien 1981 und Pommern 1970. Die Opposition versucht auf diese Weise, eine unberechtigte Parallele zwischen der heutigen Situation in Polen und den Zeiten der kommunistischen Gewaltherrschaft zu kreieren, obwohl es offensichtlich ist - und zwar auch für die Opposition -, dass diese miteinander nicht vereinbar sind. Das Organisieren von Protesten ausgerechnet an diesen Tagen zeugt von nicht von spontanen, sondern von gezielt geplanten Aktivitäten. Viel spontaner erschien dagegen die Unterstützungskundgebung für die von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) gebildete Regierung, die nicht nur ungeplant war, sondern nur als Reaktion auf die Demonstrationen der Opposition organisiert wurde.

Offizieller Grund: „Freie Medien“

Am Mittwoch, den 14. Dezember, hat die Parlamentskanzlei bestimmte Änderungen der Arbeitsorganisation der Medien in den beiden Parlamentskammern vorgeschlagen; unter anderem sollten im Parlamentsgebäude ein Medienzentrum und ein Fernsehstudio eingerichtet und eine Akkreditierungspflicht für ständige Parlamentskorrespondenten eingeführt werden. Es wurde mitgeteilt, dass Journalisten einen uneingeschränkten Zugang zu dem Medienzentrum haben würden, das die wichtigste Zusammenarbeits-ebene für Politiker und Medienvertreter sein und mit modernster Medientechnik ausgestattet werden soll.

Es wurde davon ausgegangen, dass die Änderungen notwendig seien, denn die Aktivitäten der Medien werden im Moment nicht durch klare und präzise Vorschriften geregelt; die Kommunikation zwischen den Parlamentariern und den Medienvertretern ist chaotisch und zufällig und entspricht nicht der Würde dieses besonderen Ortes. Mit den vorgeschlagenen Änderungen wurde beabsichtigt, den Journalisten und Parlamentariern eine professionellere und komfortablere Ausübung ihrer beruflichen Aufgaben zu ermöglichen. Darüber hinaus sollten die neuen Regelungen mehr Pluralismus und einen gerechten Zugang



der Medien zu den Politikern sicherstellen, da die momentane Lage mehrere kleinere Redaktionen benachteiligt, die mit den großen Medienkonzernen nicht konkurrieren können.

Die vorgeschlagenen Änderungen bezweckten eine Angleichung der Arbeitsbedingungen der polnischen Medienvertreter an die im Westen geltenden strikten Standards der Medienarbeit. Die beabsichtigten Veränderungen der Medienarbeitsorganisation basierten auf den in der EU, etwa im Europäischen Parlament oder in den Parlamentshäusern Frankreichs, Italiens, Tschechiens oder Ungarns, geltenden Lösungen. Es wurde unterstrichen, die vorgestellten Lösungen seien viel weniger restriktiv als die in anderen EU Ländern und auch im Europäischen Parlament geltenden Grundsätze.

Diese Vorschläge wurden allerdings von der Opposition als ein Versuch abgetan, die Medienfreiheit im polnischem Parlament einzuschränken. Der vermeintlich beabsichtigte „Angriff auf die Medienfreiheit in Polen“ wurde der regierenden Partei zugeschrieben, obwohl die Veränderungsvorschläge nicht von den Abgeordneten von Recht und Gerechtigkeit, sondern von der Parlamentskanzlei ausgingen. Dies erinnert an den Mechanismus des sogenannten „schwarzen Protests“, bei dem gegen angeblich von der Regierung geplante Änderungen des Abtreibungsrechts demonstriert wurde, die es überhaupt nicht gab und die gar nicht von der Regierungspartei oder von irgendeinem ihrer Abgeordneten einbracht wurden, sondern eine rein bürgerliche Gesetzesinitiative waren.

Nach dem gleichen Prinzip beschloss die Opposition, sich für die angeblich bedrohte Medienfreiheit stark zu machen. Als Vorwand für die Organisation einer Antiregierungsmanifestation unter dem Motto "Freie Medien im Parlament" war der zeitwillige Sitzungsausschluss eines Abgeordneten der PO, der den Ablauf der Arbeit am Haushaltsgesetz gestört hatte. Man kann aber ernsthaft bezweifeln, der wirkliche Zweck der Demonstration sei der Schutz von "freien Medien" gewesen; die Zweifel sind allein schon dadurch begründet, dass die Teilnehmer der am Freitag vor dem Parlamentsgebäude stattgefundenen Demonstration mit unterschiedlichen (und oft aggressiven) Mitteln versuchten, den Reporter des öffentlich-rechtlichen Fernsehens - das sie für das "Regierungsfernsehen" halten - an der Live-Berichtserstattung zu hindern.

Hinzufügen wäre noch, dass sich an der Demonstration "zum Schutz der freien Medien" u. a. Politiker der ehemaligen Regierungskoalition PO-PSL sowie der postkommunistischen Vereinigung der Demokratischen Linken (SLD) beteiligt haben. Diese Parteien haben den polnischen Medienmarkt in den letzten Jahren praktisch monopolisiert, indem sie einen großen Einfluss sowohl auf das öffentlich-rechtliche Fernsehen als auch auf die größten Privatsender erlangt und dazu geführt haben, dass der Medienpluralismus praktisch eliminiert wurde und die damalige Mediennarration - die in fast ausschließlich kritiklosem Lob für die damaligen Regierenden sowie in aggressiver Bekämpfung der damals in Opposition stehenden Partei Recht und Gerechtigkeit bestand - völlig einseitig war. Es wäre an dieser Stelle interessant zu bemerken, dass keine der EU-Institutionen damals irgendeine Bedrohung für die polnische Demokratie bemerkte.

Im Allgemeinen ist der Kampf der Opposition für freie Medien jetzt, wo der Medienpluralismus viel stärker ist als zur Zeit der Koalition PO-PSL, unglauwbüdig. Ebenso wenig überzeugend sind die Demonstrationen des Komitees für die Verteidigung der Demokratie (KOD), der sich aktuell mit der Verteidigung der polnischen Demokratie beschäftigt, während die Bürger Polens sich des vollen Spektrums demokratischer Rechte und Freiheiten (freie Wahlen, Wort- und Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit usw.) erfreuen. Ein Festival der Hypokrisie war seitens der Opposition auch die kritiklose Verteidigung des Andrzej Rzeplinski, der im Laufe des letzten Jahres als Vorsitzende des polnischen Verfassungsgerichts beharrlich das geltende Recht und die Verfassung missachtete und verletzte, wobei er von den Oppositionsmedien als der alleinige Verfechter der verfassungsrechtlichen Ordnung Polens dargestellt wurde (seine Kadenz endete gestern - am 19. Dezember).

Der wahre Grund: Verteidigung der Sonderrechte



Ist die Verteidigung der demokratischen Werte (z. B. der freien Medien) nicht der wahre Grund der von der Opposition organisierten Demonstrationen gegen die Regierung, was ist er denn? Wenn man bedenkt, von wem diese Demonstrationen inspiriert werden - nämlich von den Nutznießern der polnischen Transformation und des nach 1989 geschaffenen Systems, sowie von Bediensteten des damaligen kommunistischen Unterdrückungssystems, so scheint es offensichtlich, dass es hier um die Beibehaltung des bisherigen "Besitzstandes" dieser sehr kleinen Gruppe von Menschen, das heißt ihrer ungerecht erlangten Sonderrechte geht. Eine solche politisch-geschäftlich-oligarchische Struktur funktionierte gut während der 8 Jahre der Regierung PO-PSL; vor einem Jahr wurde diese Regierung aber durch demokratische Wahlen entmachtet. Seitdem versuchen die Nutznießer des alten pathologischen Systems, die sich mit dem Urteil der Wähler nicht abfinden können, die Regierung von Recht und Gerechtigkeit, die ihnen die Sonderrechte wegnehmen oder einschränken will, zu stürzen.

In diesem Kontext ist anzumerken, dass das Parlament am 16. Dezember über das sogenannte "Entkommunisierungsgesetz" abstimmen wollte, das die Pensions- und Rentenbezüge der in den Jahren 1944-1990 aktiven Bediensteten des kommunistischen Unterdrückungs- und Gewaltapparates kürzen soll. Dieses Gesetz bezweckt nicht eine Bestrafung der ehemaligen Bediensteten der kommunistischen Sicherheitsdienste, sondern die Wegnahme der zu Unrecht genossenen Privilegien, d. h. der überdurchschnittlich hohen Pensions- und Rentenleistungen.

Der erste Versuch, diese Altersbezüge zu senken, fand 2009 statt, war aber nicht wirksam genug. Letztendlich bezogen die ehemaligen Bediensteten des Unterdrückungsapparats des kommunistischen Polens sehr hohe Pensionsleistungen, die mit oft deutlich über 10 tausend Zloty viel höher als die durchschnittlichen Altersrenten (gegenwärtig etwa 2 tausend Zloty) waren, was von der polnischen Gesellschaft größtenteils als krasse Ungerechtigkeit empfunden wurde. Besonders empörend war, dass die ehemaligen Vertreter des kommunistischen Gewaltregimes auch noch viel höhere Pensionen als die Aktivisten der antikommunistischen Opposition in der damaligen Volksrepublik Polen beziehen.

Der wirkliche Zweck der letzten Aktivitäten der Opposition scheint also zu sein, die Verabschiedung des Entkommunisierungsgesetzes zu verhindern, das die staatlichen Leistungen zu Gunsten eines zu Unrecht privilegierten Personenkreises kürzen soll. Das offensichtlich im Voraus geplante Mittel zu diesem Zweck sollte die Besetzung des Rednerpultes sowie des Präsidentensitzes im Parlament sein; als Vorwand dazu diente der oben erwähnte Ausschluss eines PO-Abgeordneten (wobei man hinzufügen muss, dass während der vorangegangenen Parlamentskadenz Oppositionsangeordnete mehrmals von Sitzungen ausgeschlossen wurden, ohne dass es derart hysterische Reaktionen hervorrief).

Das Entkommunisierungsgesetz wurde trotzdem verabschiedet, nachdem die Sitzung vom Parlamentspräsidenten an einen anderen Ort verlegt worden war. Die Pensions- und Rentenleistungen der ehemaligen Gewaltregime-Diener dürfen in der Zukunft nicht die Durchschnittshöhe der von der Sozialversicherungsanstalt ausgezahlten Leistungen überschreiten (im Juni 2016 betrug die durchschnittliche Pensionshöhe 2.053 Zloty, bei der Behindertenrente waren es 1.543 Zloty und bei der Hinterbliebenenrente 1.725 Zloty). Die neuen Leistungen sollen erst ab dem 1. Oktober 2017 gelten. Nun wird das Gesetz von der höheren Parlamentskammer, dem Senat, geprüft.

Da die Versuche, die Arbeit der Parlaments unmöglich zu machen, aus offensichtlichen Gründen nicht unter dem wahren Schild der Verteidigung von Pensionssonderrechten für eine enge Gruppe kompromittierter Altregime-Diener stattfinden konnten, bediente sich die Opposition des hochtragenden Mottos "Verteidigung von freien Medien". Den gleichen Mechanismus verwendet man bei den Demonstrationen des KOD, bei denen man "die Demokratie verteidigt", die aber in Wirklichkeit nur die Frustration bestimmter privilegierter Personenkreise lüften sollen, die ihre diversen und erheblichen Sonderrechte (lukrative Posten bei staatlichen Unternehmen und Staatsbehörden, staatliche Zuwendungen, öffentliche Bestellungen, hohe Pensionen usw.) nun verloren haben.



Im Namen der Gesellschaft oder fürs partikuläre Eigeninteresse?

Was den Ausmaß der Demonstrationen am letzten Wochenende betrifft, so sprachen einige polnische und ausländische Medien von "Tausenden von Menschen" in vielen Städten Polens, was eine massenhafte Unterstützung in der Gesellschaft für die Aktivitäten der Opposition suggerieren sollte. Laut Warschauer Bürgermeisterbehörde sammelten sich vor dem Parlamentsgebäude etwa 2 tausend Personen. Nach anderen Angaben protestierten in Warschau aber nur einige hundert, und in anderen polnischen Städten gegebenenfalls jeweils weniger als 100 Personen.

Diese Demonstrationen können also kaum für allgemein und gesellschaftlich repräsentativ erachtet werden. Was die Glaubwürdigkeit des Warschauer Bürgermeisterbehörde angeht, so wurde sie außerdem schon im Mai 2016 ernsthaft in Frage gestellt, nachdem die Teilnehmerzahl einer Demonstration der Opposition auf 240 tausend geschätzt wurde, obwohl praktisch allen anderen Zählungen (durch regierungsnahen und oppositionellen Quellen) damals nur etwa 50 tausend Personen angegeben - dabei war es die bisher größte und einzige in einem solchen Ausmaß stattgefundenen Demonstration der Opposition. Die überhöhten Schätzungen dürften allerdings nicht verwundern, wenn man bedenkt, dass das Bürgermeisteramt in Warschau von Hanna Gronkiewicz-Waltz, der Vizevorsitzenden der PO, bekleidet wird.

Die sinkende Frequenz bei der von dem KOD und der Opposition organisierten Demonstrationen kann bedeuten, dass die polnische Gesellschaft des streitsüchtigen, aggressiven und destruktiven Auftritts der Opposition, die außer unbegründeter Hysterie und zweckentfremdeter Demonstrationen nichts zu bieten hat, müde wird. Es sieht auch so aus, dass die Polen sich der Manipulationen der Anführer des KOD und der Opposition zunehmend bewusst werden und immer deutlicher sehen, dass die Gesellschaft von ihnen zynisch instrumental ausgenutzt und zum Kampf um eigene Sonderinteressen, nicht aber um wichtige sozialen Belange, missbraucht wird.

Eine Destabilisierung Polens gleicht einer Destabilisierung der EU

Wie bereits erwähnt, strebt die Opposition danach, eine demokratisch gewählte Regierung mit unlauteren Mitteln zu stürzen, die Macht zu übernehmen und die - für sich, aber nicht für die breite Gesellschaft - günstige oligarchische Ordnung der Jahre 2007-2015 wieder zu etablieren. Danach strebt die Opposition um jeden Preis, ohne auch im Geringsten den Wohl Polens und der polnischen Gesellschaft sowie das Image von Polen im Augen des Auslands zu beachten.

Die Ereignisse des 16. und 17. Dezember 2016 sowie der letzten Wochen haben gezeigt, dass die "totale Opposition" immer gefährlichere und immer verantwortungslosere Maßnahmen ergreift, die in Richtung einer Destabilisierung und einer Anarchisierung des Staates zu gehen beginnen. So sind nämlich die letzten Handlungen der Oppositionsanhänger zu bewerten: Die Appelle der Oppositionsanhänger, der Regierung das Gehorsam zu verweigern, das Behindern der Parlamentsarbeit, der Versuch, die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes zu 2017 zu verhindern, was beschleunigte Parlamentswahlen nach sich ziehen könnte. Auch die ehemaligen Präsidenten - Lech Walesa und Bronislaw Komorowski - haben die Menschen zur Gewalt gegen die jetzige Regierung aufgerufen. Man sieht auch deutlich, dass die Demonstrationen der Opposition immer aggressiver und immer mehr auf Konfrontation - einschließlich Gewaltanwendung - ausgerichtet sind.

Regierungsfeindliche Aktivitäten werden von der Opposition auch deswegen aufgenommen, weil dafür eine Zustimmung der europäischen Institutionen (der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, der Venedig-Kommission) besteht, die nicht nur solche Aktivitäten dulden, sondern sich auch selbst aktiv am Kampf gegen die polnische Regierung beteiligen. Man sollte meinen, dass die Rolle der europäischen Institutionen darin bestehe, sich im Rahmen eines unparteiischen Auftritts um Deeskalation von Konflikten zwischen und in den Mitgliedsstaaten zu bemühen. Stattdessen sind die EU-Institutionen zur Konfliktpartei



geworden, die sich eindeutig für eine Seite einer politischen Auseinandersetzung einsetzt und auf eine offensichtliche Weise zu einer Eskalation des bestehenden Konflikts beiträgt, der allmählich gefährliche Formen anzunehmen beginnt.

Es ist zwar verständlich, dass die linksliberalen Eliten der EU in keinem der Mitgliedstaaten eine konservative Regierung haben möchten. Trotzdem wäre von den europäischen Eliten Verantwortung und ein Handeln im Interesse der ganzen EU zu erwarten. Dabei wäre zu beachten, dass Polen das sechste Land der EU ist und eine Destabilisierung des Lage in Polen sicherlich nicht ohne Einfluss auf die Situation der ganzen EU bleiben würde. Diese wurde ja bereits, wie allgemein bekannt ist, ernsthaft durch die Immigrationskrise, die Terroranschläge, den endlos verlängerten Ausnahmezustand in Frankreich usw. erschüttert. Das Erschaffen von künstlichen Problemen in Polen liegt ja sicherlich nicht im Interesse der EU, als viele tatsächlichen Probleme - wie die Immigrationskrise, der Brexit sowie andere Desintegrationstendenzen - dringend zu lösen sind.

Letztendlich sollte man sich eine zwar hypothetische, aber sehr wichtige Frage stellen: Sollte es in Polen in Folge von weiteren, immer aggressiveren und immer mehr auf direkte Konfrontation ausgerichteten Handlungen der polnischen Opposition - die unter Zustimmung oder sogar mit stillschweigender Unterstützung der EU-Behörden stattfinden -, zum Blutvergießen kommen, werden die Opposition und die EU-Eliten die Verantwortung dafür übernehmen?

Warschau, den 20. Dezember 2016

